

3. August. Die Deputiertenkammer nimmt nach langen Beratungen die Vorlage über die Neuorganisation der Bürgerwehr an.

Das Gesetz enthält im allgemeinen folgende Bestimmungen: 1. Sämtliche Bürgergarden des Königreichs unterstehen fortan halt der bürgermeisterlichen Gewalt dem einheitlichen Oberbefehle des Ministers des Innern. In Kriegzeiten unterstehen sie dem Befehle des Kriegsministers und mittelbar dem des Königs als obersten Kriegsherrn. 2. Die Hauptaufgabe der Bürgerwehr ist die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern des Landes, im Kriegsfall kann aber die erste Bürgerwehrtlasse auch zum ordentlichen Felddienste herangezogen werden. 3. In sämtlichen Gemeinden des Landes, nicht bloß, wie bisher, in solchen mit mehr als 10 000 Einwohnern, sind Bürgergarden zu bilden. Kleinere Gemeinden werden behufs Bildung gemeinsamer Bürgerwehrbezirke zusammengelagt. 4. Der Minister des Innern hat das Recht, die Bürgerwehr einer Gemeinde zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in einer anderen Gemeinde zu verwenden. Dadurch soll für den Fall vorgebeugt werden, daß etwa sozialistische Bürgergarden den Dienst verweigern. 5. Die Bürgerwehr soll außer den sonntäglichen Übungen jährlich fünf Tage lang gemeinsame Manöver abhalten. 6. Die Offiziere werden nicht mehr gewählt, sondern vom König ernannt. 7. Ausländer, welche länger als ein Jahr in Belgien anständig sind, werden in Friedenszeiten zu Bürgerwehredienstleistungen herangezogen, in Kriegzeiten dagegen hiervon befreit. Dieselben können auch keinen Offiziersrang erlangen. — Der Senat stimmt der Vorlage zu.

Anf. Dezember. Die Regierung befreit die deutschen Staatsangehörigen in Belgien von der Verpflichtung in der Bürgerwehr zu dienen. Diese Verpflichtung hatte viel Unzufriedenheit hervorgerufen.

XI.

Niederlande.

27. Januar. Die erste Kammer genehmigt mit 25 gegen 16 Stimmen das Zuckersteuergesetz. Vgl. 1896 S. 256.

April. (Amsterdam.) Streit der Diamantschleifer; sie erzwingen eine Lohnerhöhung.

18./19. April. (Arnhem.) Der Jahreskongreß der holländischen Sozialdemokraten fordert strenge Durchführung des allgemeinen Wahlrechts und völlige Gleichstellung beider Geschlechter.

15. Juni. Kammerwahlen. Das Ergebnis ist (nach Abschluß der Stichwahlen, 25. Juni) 45 Liberale, 22 Katholiken, 20 orthodoxe Protestanten, 3 Historisch-Christliche, 4 Radikale, 4 Sozialisten.